

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Jens-Christoph Brockmann und Vanessa Behrendt (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung

Sterilisation als Verhütungsmittel

Anfrage der Abgeordneten Jens-Christoph Brockmann und Vanessa Behrendt (AfD), eingegangen
am 06.11.2023 - Drs. 19/2942,
an die Staatskanzlei übersandt am 28.11.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
namens der Landesregierung vom 28.12.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Sterilisation ist in unserem Land mittlerweile zu einer üblichen Verhütungsmethode geworden¹. Immer mehr Frauen entscheiden sich dafür², um dem Risiko einer nicht gewollten Elternschaft aus dem Weg zu gehen. Teils wird sie anderen Verhütungsmitteln, wie der Pille, vorgezogen. Im Vergleich zu früheren Zeiten sind die Patientinnen, die sich einer Sterilisation unterziehen, jünger und haben zuvor noch keine Kinder bekommen. Einigen jungen Frauen wurde die Behandlung verweigert, da Gynäkologen die Sterilisation junger und kinderloser Frauen nicht mit ihrem Gewissen verantworten können. In einem Beitrag des Deutschlandfunks wird die Thematik aus der Perspektive der Patientinnen behandelt. Sterilisation wird als eine valide, langfristige Verhütungsoption dargestellt. Hierfür wird ein Frauenarzt befragt, der selbst Sterilisationen bei Patienten ab 18 Jahren durchführt und die diesbezüglichen Hemmungen seiner Kollegen als „veraltet“ beschreibt. Die befragten Patientinnen äußern sich positiv zu der Operation. Eine beschreibt ihren Eindruck mit den Worten „als wären alle vorherigen Sorgen weggefallen und ein neues Leben beginnt“.³

1. Wie würde die Landesregierung direkte wie auch indirekte Bewerbung von Kinderlosigkeit und Relativierung erheblicher medizinischer Eingriffe, wie Sterilisation, durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bewerten?

Die Frage der individuellen Lebensgestaltung und ob man mit oder ohne Kinder leben möchte, ist eine persönliche Entscheidung. Diese entzieht sich der Bewertung durch die Landesregierung. Hinsichtlich der Bewertung der Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird auf die Beantwortung der Frage 3 verwiesen.

2. Ist die Landesregierung bereit, gemeinsam mit Bund und Ländern politische Konzepte für die Förderung und Realisierung der in der jungen Bevölkerung vorhandenen Kinderwünsche sowie für einen Anstieg der Neugeburtenanzahl auf das Bestandserhaltungsniveau zu entwickeln?

Anerkannte Fachveröffentlichungen wie z. B. der Neunte Familienbericht des Bundes stellen dar, wie groß die Vielfalt des familiären Zusammenlebens aber auch die jeweiligen Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe von Familien heute sind. Im Zentrum einer modernen Familienpolitik steht

¹ Infografik: So verhüten die Deutschen | Statista

² Angewendete Verhütungsmittel | Statista

³ Sterilisation: Warum Selbstbestimmung so wichtig ist (Magazin)

daher, entsprechende Unterstützungsleistungen bereitzustellen. Die Landesregierung setzt dabei eine Vielzahl von familienpolitischen Maßnahmen um. Zum Teil werden diese Leistungen in gemeinsamer finanzieller Verantwortung mit dem Bund und/oder den Kommunen, zum Teil aber auch in alleiniger finanzieller Verantwortung des Landes realisiert. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, Familien in ihren jeweils spezifischen Bedürfnislagen zu fördern und nicht ausschließlich auf einen Anstieg der Neugeburtenzahlen.

3. Wäre die Landesregierung dazu bereit, sich in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern dafür einzusetzen, die Elternschaft und eine positive Familiendarstellung in den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch eine Änderung des Medienstaatsvertrags festzuschreiben?

Aufgrund der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Artikel 5 Grundgesetz) ist es nicht möglich, ihm vorzuschreiben, wie er seinen Auftrag zu erfüllen hat. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung seiner Angebote ist deshalb allein Aufgabe der Anstalten selbst sowie ihrer für Programmfragen zuständigen, plural zusammengesetzten Gremien.

4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft mit einer aktivierenden Familienpolitik als Leitziel in ihre politische Arbeit aufzunehmen und mittels einer Öffentlichkeitsoffensive in den Medien nachdrücklich zu vertreten?

Die Landesregierung realisiert im Rahmen ihrer Zuständigkeit eine Vielzahl von familienpolitischen Maßnahmen, mit denen Familien konkret unterstützt werden. Eine Öffentlichkeitsoffensive für eine „aktivierende Familienpolitik“ ist derzeit nicht vorgesehen.

5. Welche Maßnahmen kann sich die Landesregierung vor dem Hintergrund der niedrigen Geburtenrate in Deutschland⁴ vorstellen, um ein positives gesellschaftliches Bild von Mehrkinderfamilien und deren Lebenssituation im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auszustrahlen (bitte detailliert erörtern)?

Es wird auf die Beantwortung der Frage 3 verwiesen.

⁴ Fertilitätsrate in Deutschland bis 2022 | Statista